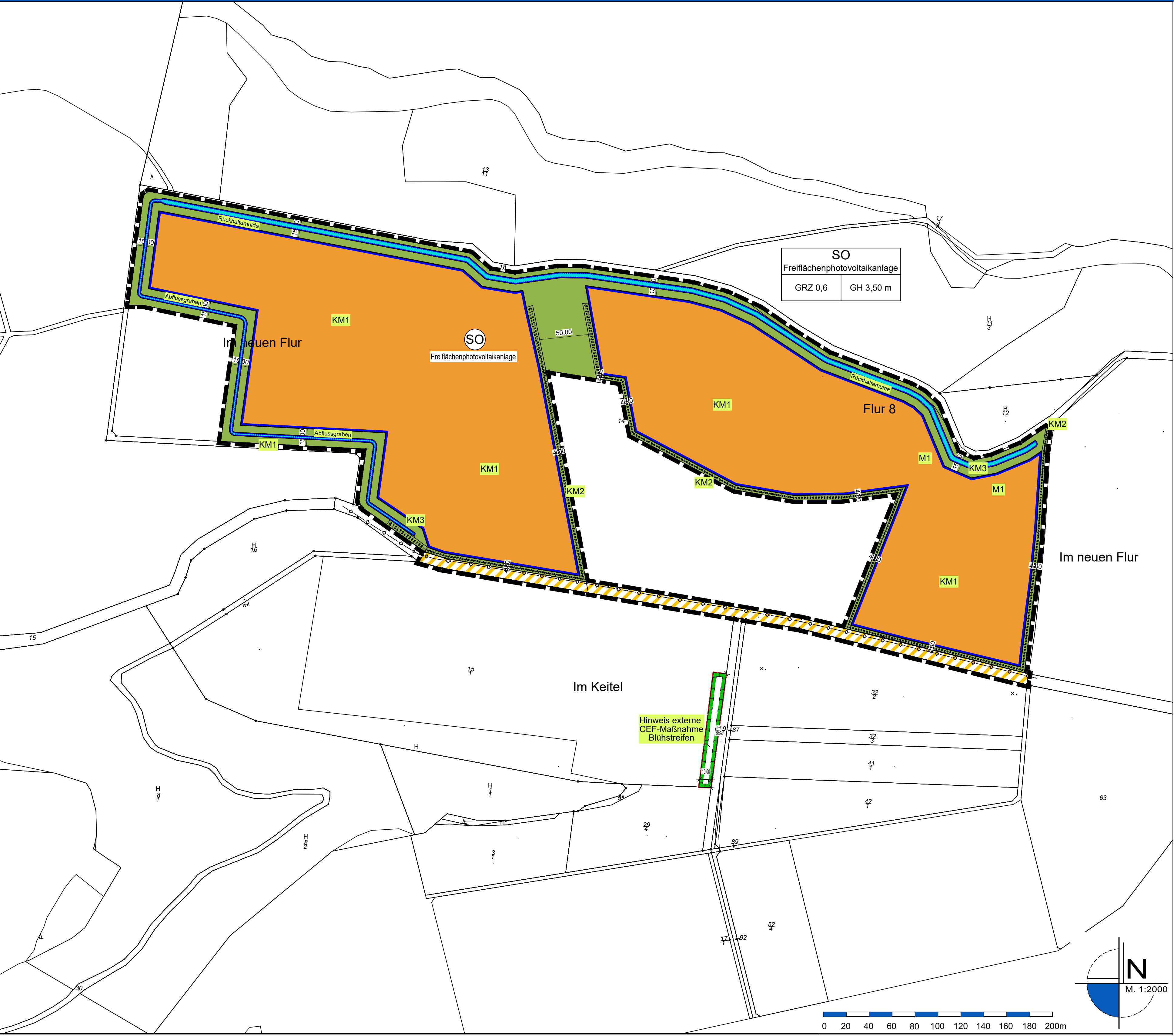


# Ortsgemeinde Hupperath

## Bebauungsplan "Freiflächen-Photovoltaikanlage"



Verfahrensvermerke						
Aufstellungsbeschluss	Vorgelegene Bürgerbeteiligung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange	Offenlegung und Beteiligung der Behörden	Satzungsbeschluss	Ausfertigung	Anordnung der Bekanntmachung	Bekanntmachung
Die Ortsgemeinde Hupperath hat am 31.10.2023 gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans "Freiflächen-Photovoltaikanlage" in öffentlicher Sitzung beschlossen.  Der Aufstellungsbeschluss wurde am 05.01.2024 ortsüblich bekannt gemacht.	Die vorgelegene Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 10.01.2024 bis 16.02.2024. Über die eingegangenen Anregungen wurde in der Gemeinderatsitzung am 21.02.2024 beraten und beschlossen. Ferner beschloss der Gemeinderat die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.	Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Teilfestsetzungen ist mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 01.07.2024 bis einschließlich 02.08.2024 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 08.06.2024 mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gemacht, dass Konsultationen zu dem Bebauungsplanentwurf während der Auslegungsfrist vorgeschrieben werden können. In dieser Bekanntmachung wies zudem der weitere Hinweisbestimmungen nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB nachgekommen. Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 28.06.2024 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.	Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Hupperath hat am 08.10.2024 den Bebauungsplan "Freiflächen-Photovoltaikanlage" gemäß § 24 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz und gem. § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.	Die Übermittlung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplans mit dem Willen der Ortsgemeinde Hupperath sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans werden bekannt.	Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 10 BauGB angedruckt.	Der Bebauungsplan ist nicht genehmigungspflichtig. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplans ist am 14.02.2025 gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, dass die Planung während der Erläuterungsarbeiten bei der Verbands-Gemeindeverwaltung Wittlich-Land von jedermann eingesehen werden kann.  Mit dieser Bekanntmachung wurde die Bebauungsplanung RECHTSVERBÄNDLICH.
Hupperath, den 11.02.2025 gez. Simon Patrick Simon, Ortsbürgermeister	Hupperath, den 11.02.2025 gez. Simon Patrick Simon, Ortsbürgermeister	Hupperath, den 11.02.2025 gez. Simon Patrick Simon, Ortsbürgermeister	Hupperath, den 11.02.2025 gez. Simon Patrick Simon, Ortsbürgermeister	Hupperath, den 11.02.2025 gez. Simon Patrick Simon, Ortsbürgermeister	Hupperath, den 11.02.2025 gez. Simon Patrick Simon, Ortsbürgermeister	Hupperath, den 17.02.2025 gez. Simon Patrick Simon, Ortsbürgermeister

### Legende

- Art der baulichen Nutzung**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO  
§ 11 BauNVO
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO
- Verkehrsflächen**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB
- Grünflächen**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB
- Wasserflächen, Flächen für die Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB
- Sonstige Planzeichen**
- Sonstige Darstellungen**

### Nutzungsschablone (Beispiel)

Art der baulichen Nutzung	SO Freiflächenphotovoltaikanlage	Gebäude Höhe als Höchstmaß
Grundflächenzahl als Höchstmaß	GRZ 0,6 GH 3,50 m	

### Textfestsetzungen

- A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**
- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**  
Als Art der baulichen Nutzung wird für das Plangebiet ein Sonstiges Sondergebiet i.S.d. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" festgesetzt.  
Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO sind im sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" folgende Nutzungen zugelassen: Zulässig sind die Errichtung und der Betrieb von aufgeständerten Freiflächenphotovoltaik-Modulen ohne Betonfundamente zum Zweck der Stromgewinnung aus Sonnenenergie einschließlich der für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen (Trafos- und Übergabestationen, Speicher, Löschwasserkanäle etc.). Zulässig sind die für den Anlagenbetrieb erforderlichen Erschließungen.  
Nebenanlagen nach § 14(1) i.V.m. mit § 23(5) BauNVO sind als untergeordnete Nebenanlagen im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Flächen und für Ver- und Entsorgung, Steuerung bzw. Sicherung und Überwachung der Anlage zulässig.
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**  
Je Trafo- und Übergabestation ist eine Grundfläche von max. 50 m² zulässig. Die Höhe dieser Gebäude, gemessen zwischen der Geländeoberfläche und der Oberkante der Gebäude darf max. 3,5 m betragen. Für die Modulfäche als projizierte überbaute Fläche, einschli. der Nebenanlagen, wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 festgesetzt.  
Für die Aufständerung der Modultische (Fundamente) und Nebenanlagen wird i.V.m. § 9(1) 20 BauGB eine max. Versiegelung von max. 500 m² der Sondergebietsfläche festgesetzt. Betonfundamente ohne Bodeneingriff sind nur in Bereichen mit archäologischen Fundstellen zulässig. Die Modultische werden gem. § 9 (1) 1 BauGB i.V.m. § 10 (2), (4) u. (8) BauNVO entsprechend der Eintragung in der Nutzungsschablone (siehe Planzeichnung) festgesetzt.  
Die Höhen werden gemessen von der Geländeoberfläche lotrecht zur Modulkante in Modultiefe.
- 3. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 (3) BauNVO)**  
Die überbaubaren Grundstücksflächen werden entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt.  
Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne von § 14 BauNVO (z.B. Trafostationen, Monitoring-Container, Löschwasserkanäle, Leitungen, Leitungen, Baulinien, Zufahrten) gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
- 4. Grünordnerische / Landespflegerische Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)**  
**Allgemeine Festsetzungen**  
Im Plangebiet sind folgende Flächen für die Anpflanzung von Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt.  
Alle Pflanzungen sind spätestens in der auf die Errichtung der Zaananlage nachfolgenden Pflanzperiode (Oktober – Ende März) durchzuführen. Eine fachgerechte Pflanzung bzw. Einsaat schließt Bodenversauerungs- sowie Pflanzenschutzmaßnahmen mit ein. Ausgefallene Gehölze sind spätestens in der darauffolgenden Pflanzperiode zu ersetzen.  
Für alle zu pflanzenden Sträucher werden, wenn nicht gesondert aufgeführt, folgende Mindestanforderungen vorgeschrieben:  
Sträucher: 2 x verpflanzt, ohne Ballen, 100-125 cm hoch (zugehörige Pflanzliste im Anhang)  
Bei den im Rahmen der grünordnerischen Vorgaben festgesetzten Pflanzungen sind soweit nicht anders festgesetzt mindestens 50 % der Gesamtanzahl an aus den in den Pflanzlisten aufgeführten Arten zu verwenden.
- 5. Festsetzungen über Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Plangebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie über Flächen zum Anpflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)**  
**Kompensationsmaßnahmen (KM)**  
Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

### Textfestsetzungen

- Kompensationsmaßnahme 1 (KM1)**  
**Entwicklung einer mäßig artenreichen Glatthaferwiese mit extensiver Bewirtschaftung und Verzicht auf Düngung- und Pflanzenschutzmittel**  
Nach Beendigung der Baumaßnahmen sind auf der Anlagenfläche im Bereich der Modulstandorte in der folgenden Pflanzperiode mäßig artenreiche Glatthaferwiesen zu entwickeln.  
Die nachfolgende Maßnahmenbeschreibung orientiert sich an den Empfehlungen von Vahle (2015) und Biedermann & Werking-Radtke (2008) sowie dem Maßnahmenblatt Grünlandnutzung (LANUV 2012). Die Einsaat erfolgt mit regionalem und standortangepasstem Saatgut für artenreiche Glatthaferwiesen, das durch Heudruck artenreicher Wiesen in der näheren Umgebung gewonnen (Mahdgutübertragung) oder gekauft werden kann (Herkunftsgebiet: Rheinisches Bergland). Düngung und der Einsatz von Pestiziden sind nicht zulässig. Während der Betriebszeit der Anlage werden die Flächen durch eine ein- bis zweischürige Mahd oder durch Beweidung extensiv gepflegt. Mahdzelpunkte und Beweidung sind an die Ansprüche der Feldlerche anzupassen. Um Brutverluste möglichst gering zu halten, findet die erste Mahd ab Mitte Juni statt und die zweite Mahd ab September (min. 6 Wochen Abstand zwischen den Mahdzelpunkten). Das Mahdgut ist abzutransportieren (ggf. Heumutzung). Bei Beweidung ist die Besatzdichte so anzupassen, dass ein Muster von lang- und kurzrasigen Strukturen erreicht wird. Als Richtwert dient dabei die rechnerische Besatzdichte von 1,4 GVE/ha (LBN 2021).
- Kompensationsmaßnahme 2 (KM2)**  
**Entwicklung von artenreichen Glatthaferwiesen mit extensiver Bewirtschaftung und Verzicht auf Düngung- und Pflanzenschutzmittel**  
Nach Beendigung der Baumaßnahmen sind auf den unbebauten Abstandsflächen zum Wald und dem Wildkorridor im Geltungsbereich der Planung in der folgenden Pflanzperiode artenreiche Glatthaferwiesen zu entwickeln. Die Anlage und Pflege der Wiesen sind entsprechend der Maßnahmenbeschreibung zur KM1 (siehe oben) durchzuführen.
- Kompensationsmaßnahme 3 (KM3)**  
**Randliche Eingrünung von Planflächenanteilen**  
Nach Beendigung der Baumaßnahmen ist in der darauffolgenden Pflanzperiode eine randliche Eingrünung dort vorzunehmen, wo die Anlagenflächen einsehbar sind. Es ist eine lockere, dreireihige Pflanzung von Sträuchern auf einer Breite von 4 m vorgesehen (unter Beachtung des Nachbarschaftsrechts von Rheinland-Pfalz). Der maximale Abstand der Sträucher in einer Reihe beträgt 1,5 m, der maximale Abstand zwischen den Reihen weist 1 m auf. Die Pflanzung wird als „Gleichschichtiger Dreiecksverband“ ausgeführt. Die Pflanzen benachbarter Reihen stehen versetzt, also „auf Lücke“ und bilden so ein gleichschichtiges Dreieck. Ausgefallene Sträucher sind nachzupflanzen. Auf diese Weise entsteht ein dichter Gehölzkomplex, der für eine Vielzahl von Lebewesen hochwertige Habitatstrukturen bietet und gleichzeitig die Störungen des Landschaftsbildes mindert.  
Die randliche Eingrünung ist fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Unter anderem sind die Gehölze gegen Wildverbiss zu schützen, ggf. zu bewässern und auf Ausfall zu kontrollieren und wenn erforderlich zu ersetzen. Rückschnitte der Gehölzpflanzungen sind bis auf eine Höhe von 3 Meter ab Bodenoberfläche innerhalb der gesetzlichen Fristen (Oktober – Ende Februar) zulässig.
- Für die Pflanzmaßnahme sind ausschließlich einheimische Gehölze regionaler Herkunft (Herkunftsgebietes "Westdeutsches Bergland", BMU (2012) in ihrer Wildform) zu verwenden. In Hinblick auf den Klimawandel werden u.a. gebietsheimische, trockenheitsverträgliche Wildobstarten empfohlen.
- Im Folgenden wird eine Auswahl von geeigneten Pflanzen gegeben. Sie dient der Orientierung und kann um gebietsheimische, standortangepasste Gehölze vergleichbarer Qualität erweitert werden:  
Artenauswahl Bäume (Pflanzqualität: Heister, 2-3 x verpflanzt, 150-175 cm hoch)  
Prunus avium Vogeleiche  
Sorbus aucuparia Vogelbeere  
Sorbus aria Mehlebeere  
Sorbus torminalis Elsbeere  
Quercus robur Stieleiche  
Artenauswahl Sträucher (Pflanzqualität: Jeweils mind. 2x verpflanzt, 3-5 Triebe, 100-120 cm Höhe bei mittel- bis hochwachsenden Sträuchern und 80-100 cm Höhe bei schwach wachsenden Sträuchern)  
Crataegus monogyna Weißdorn  
Cornus mas Kornelkirsche  
Corylus avellana Haselnuss  
Euonymus europaeus Pfaffenhütchen  
Lonicera xylosteum Schwarzer Holunder  
Sambucus nigra Wolliger Schneeball  
Viburnum lantana Wolliger Schneeball  
Viburnum opulus Gemeiner Schneeball
- Maßnahme 1 (M 1)**  
**Anlage von Steinschüttungen für Reptilien**  
Auf den Freiflächen der Planfläche B werden zwei Steinschüttung (nierenförmig, 3 m breit und 5 m lang) angelegt. Vor der Anlage muss die Fläche auf 50 bis 100 cm Tiefe ausgekoffert werden um eine ausreichende Entwässerung zu gewährleisten und um ein schnelles Überwachen der Steinschüttung zu verhindern. Die Schüttungen müssen ca. 1 m tief in ins Erdreich reichen und ca. 1 m höher sein als das Bodenprofil. Es müssen etwa faustgroße Steine (autochthones Material) verwendet werden. Auf der Steinschüttung ist nährstoffarmes Substrat auszubringen. An der Nordseite der Schüttung sind niedrige Sträucher (z. B. Weißdorn) anzupflanzen.
- 6. Niederschlagswassers im Plangebiet**  
Für die Befestigung von Zufahrten und Stellplätzen sind wasserdurchlässige Beläge mit Naturbaustoffen zu verwenden. Geeignet sind z.B. wasserdurchlässige Decke, Schotterrasen, Kies, Asphalt-Beton- und Kunststoffprodukte werden ausgeschlossen.  
Im Bereich der Grünflächen sind flache Mulden zur Niederschlagswasserbewirtschaftung zulässig.
- 8. BAUORDNUNGSRECHTLICHE TEXTLICHE FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 88 LANDESBAUORDNUNG RHEINLAND-PFALZ IN VERBINDUNG MIT § 9 Abs. 4 BauGB**  
1. Äußere Gestaltung von baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 u. Abs. 6 LBAuO)  
Die Anlage ist in einheitlicher Ausführung in Farbe und Form zu errichten.  
2. Einfriedigungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 u. Abs. 6 LBAuO)  
Eingefriedet werden darf nur die Fläche zur Aufstellung der Solarmodule (Baumraum) und der daran angrenzende Randbereich.  
Die Einfriedung mit Überstegelschutz ist nur mit mindestens 20 cm Bodenfreiheit zulässig. Die Durchlässigkeit der Umzäunung für Klein- und Mittelsäuger muss sichergestellt sein. Die zulässige Höhe der Einfriedung beträgt 2,0 m über natürlichem Gelände.  
3. Werbeanlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 1 u. Abs. 6 LBAuO)  
Werbeanlagen sind mit Ausnahme einer Schaufel und eines Informationsschildes im Bereich der Anlageeneinfahrt nicht zulässig. Die zulässige Schaufel und das zulässige Informationsschild dürfen jeweils max. eine Fläche von 1 qm haben.
- Hinweise Vermeidungsmaßnahmen**  
V1 Störungsmindernde Bauarbeiten (Baufeldfreimachung, Erd- und Rammarbeiten, etc.) dürfen generell nur zwischen Oktober und Ende Februar stattfinden (außerhalb der Vogelbrutzeit).  
V2 Bepflanzung der Gehölzreihen Außenbereichs findet im Oktober statt ODER Karkierung und Kontrolle von Fledermauswinterquartieren.  
V3 Weniger störungsintensive Arbeiten (Störungssensitivität geht nicht über das gewöhnliche Maß durch Vorbelastungen hinaus) können auch über den Februar hinaus im direkten Anschluss weitergeführt werden, allerdings ohne längere Unterbrechungen. Bei Stillstandszeiten von mehr als 5 Tagen, müssen dann Vergrämungsmaßnahmen für Bodenbrüter durchgeführt werden, um eine Ansiedlung im Eingriffsbereich zu vermeiden.  
V4 Kein Befahren/Eingriff im Waldrandbereich (gut sichtbare Markierung der Baufeldgrenze).  
V5 Verzicht auf Nachtbaustellen und nächtliche Beleuchtung der Baustelle.  
V6 Durchführung der Bauarbeiten nach DIN 18920.  
V7 Belassen eines 5m breiten Freistreifen auf der Planfläche A.  
V8 Zaungestaltung mit Durchlässen für Klein- und Mittelsäuger (min. 15-20 cm Bodeneinstieg, Maschenweite von mind. 15x15 cm bei Verwendung eines Knotengeflechtzaunes; kein Stacheldraht).

### Textfestsetzungen

- V9 Querungsmöglichkeiten für Großsäuger (Wildkorridor mit 50 m Breite).  
V10 Verzicht auf eine Beleuchtung der Anlage.  
V11 Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke zu berücksichtigen (u.a. DIN 18500, 18915, 19639) sowie die Vorgaben der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) und ergänzend hierzu die ALEX Merk- und Informationsblätter des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht zu beachten.  
V12 Beschränkung der baubedingten Flächenbeanspruchung auf ein Minimum.  
V13 Vermeidung von größeren Erdbassembewegungen sowie von Veränderungen der Oberflächenformen.  
V14 Vermeidung von Bauarbeiten bei anhaltender Bodenässe; bei Bauarbeiten in den Wintermonaten ist eine bodenkundliche Baubegleitung gem. § 4 Abs. 5 BBodSchV erforderlich.  
V15 Bündelung und flächensparende Ausweisung von Zufahrtswegen, Materiallagerplätzen und Abstellflächen für Baustellenfahrzeuge, wenn möglich Nutzung bereits vorhandener befestigter Flächen.  
V16 Keine Anlage von Wegen und Lagerflächen auf Mutterboden.  
V17 Sachgerechter Umgang mit Bodenmaterial gemäß DIN 19731.  
V18 Verzicht auf Fremdsubstrate bei Zufahrtswegen und Lagerplätzen; Verwendung standortgerechter, nährstoffarmer und unbelasteter Substrate.  
V19 Verwendung wasserdurchlässiger Bodenbeläge für Wege, Lagerplätze etc.  
V20 Rückbau von Baustraßen und Lagerplätzen und Auflockerung des Bodens.  
V21 Ordnungsgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.  
V22 Sorgfältige Entsorgung von Restbaustoffen.  
V23 Vermeidung einer großflächigen Versiegelung durch die Festsetzung einer Obergrenze von 500m² auf der Planfläche.  
V24 Verzicht auf Düngung- und Pflanzenschutzmittel.  
V25 Verzicht auf Reinigungsmittel für die Solarmodule.  
V26 Höhenbegrenzung der Module und der Betriebsgebäude (Trafu und Übergabestation) auf 3,5 m.
- Hinweis externe CEF-Maßnahme Feldlerche (CEF)**  
Durch das Vorhaben ergibt sich die Betroffenheit von einem Feldlerchenrevier auf der Planfläche. Wegen eines potenziellen Verlusts dieses Feldlerchenreviers durch eine Überbauung der Fläche, wird eine vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) auf einem benachbarten Flurstück (Gemarkung Hupperath, Flur 8, Flurstück 15/1) umgesetzt.  
Der Maßnahmenbedarf für das Feldlerchenrevier ist mindestens im Verhältnis 1:1 zur Beeinträchtigung anzunehmen. Bei Funktionsverlust des Reviers mindestens im Umfang der lokal ausgeprägten Reviergröße und mindestens 1 ha. Bei der geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage entsteht somit ein Kompensations-Bedarf von 1 ha. Im vorliegenden Fall eignet sich insbesondere die Anlage von einem Blühstreifen in Kombination mit einem an den Blühstreifen angrenzenden Schwarzbrachestreifen („linear angeordnete Feldlerchenfenster“).  
Die Lage der Maßnahmenfläche berücksichtigt das Meldevverhalten der Feldlerche gegenüber der Leihgüter bzw. in unmittelbarer Nähe dazu sind der Amprion GmbH Bauntenlagen (La-gepläne und Schnittzeichnungen mit Höhenangaben in m über NN) zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme bzw. dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer/Bauherren zuzusenden. Alle geplanten Maßnahmen bedürfen der Zustimmung durch die Amprion GmbH.  
Für alle baulichen Anlagen wird die Erstellung eines Baugrundgutachtens einschließlich der Prüfung der Hangstabilität empfohlen.  
Grundsätzlich ist die bei der Herstellung und beim Betrieb der geplanten Anlagen die Vermeidung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 zu beachten.

### Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394).
  - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3788), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176).
  - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (PlanV) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802).
  - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202).
  - Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.03.2023 (BGBl. I S. 023 I Nr. 88).
  - Bundesfernstraßengesetz (FStrG) vom 28.06.2007 (BGBl. S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.03.2023 (BGBl. 2023 Nr. 88).
  - Landesstraßengesetz (LSrG) vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.12.2022 (GVBl. S. 413).
  - Denkmalschutzgesetz RP (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543).
  - Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Gesetz vom Art. 2 Abs. 2 G v. 4.12.2023 I Nr. 344.
  - Landesbaubehörde Rheinland-Pfalz (LBAuO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.12.2022 (GVBl. S. 403).
  - Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287).
  - Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juni 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 153) geändert worden ist.
  - Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306).
  - Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 2598, 2716).
  - Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) vom 25.07.2005 (GVBl. S. 302), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287).
  - Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.
  - Landesplanungsgesetz (LPG) vom 10.04.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283, 295).
  - Landeswassergesetz (LWG) vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.2022 (GVBl. S. 118).
  - Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.05.2023 (GVBl. S. 133).
  - Landeswaldgesetz (LWaldG) vom 30.11.2000 (GVBl. S. 504) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2020 (GVBl. S. 98).
  - Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1086), zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 5.2.2024 I Nr. 33.
- jeweils in der zuletzt geltenden Fassung.
- Plangrundlage**  
Datengrundlage: Geobasisinformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz (Zustimmung vom 15. Oktober 2002) ©Geobasis-DE/LVermGeoRP September 2023.  
Die Plangrundlage erfüllt die Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung.
- Bestandteile des Bebauungsplans**  
Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung M. 1:2000 sowie den textlichen Festsetzungen. Die Begründung ist beigefügt.
- Übersichtskarte (ohne Maßstab)**
- Projekt**
- Ortsgemeinde Hupperath**  
**Bebauungsplan "Freiflächen-Photovoltaikanlage"**
- Satzung**
- Auftraggeber: Ortsgemeinde Hupperath ProjektNr.: 01-855
- Phase: Satzung Stand: Januar 2025
- Bearbeitet: Rolf Weber Maßstab: 1:2000
- WeSt**  
Stadtplaner GmbH  
Waldstrasse 14  
56766 Ulmen  
Tel.: 02676/9519110  
Fax.: 02676/9519111